

Berlin, Sonntag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zu fünfmal.

Bezugs-Preis:

Wortführer
für Berlin 7 Mt. 50 Pf. ohne Postlohn,
für ganz Deutschland 9 Mt.,
Oesterreich 13 Kr. 82 Hell., Rußland
4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-
Gebung 20 Mt. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
Für England in London bei
Lang, Siegle 30 Abbe Street E.C. und
Cowie & Co. 19 Great Street E.C.

Telegramm-Adresse:
Börsen-Zentrale.

Morgen- № 73. Ausgabe.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

den 12. Februar 1911.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Zielungslisten der
Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen
mit Besonderen-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Inserions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf.
Wochensatz 1 Mt.

Herausgeber:

Ant 1, Nr. 243.

Vom Tage.

Der französische Ministerrat beschloß, in einigen Tagen in der Kammer eine Strafgesetznovelle einzubringen zur Unterdrückung des wucherischen Aufkaufs von Lebensmitteln.

Beim Abbruch der Halle für landwirtschaftliche Maschinen in der deutschen Abteilung der Brüsseler Weltausstellung fürzte die Holzverschaltung ein. Ein Arbeiter wurde getötet, drei weitere leicht verletzt.

Der Ausschuß für Mittel und Wege des Nordseehafenbauwerks der Vereinigten Staaten empfahl mit 12 gegen 7 Stimmen die Annahme des Zollabkommens mit Kanada.

Im Staatsrat von Ohio ist ein Antrag auf Ausschließung aller Staaten eingebracht worden.

Die Interpellation Kanig im Reichstage.

Die Woche ist gefüllt, da verlangen die Herren auf der Rechten die Verlobungs- und Morgengabe zurück. Der Sozialdemokrat Dr. Frank kennzeichnete damit treffend die Bedeutung der merkwürdigen Interpellation des Grafen Kanig. Der Mann wird nicht mehr mit von der Partei sind, möchten die Konservativen ihr Börsengesetz zurückhaben, der Waise weiter festhalten. Das wird nicht so brüsk und rücksichtslos gefordert; dazu sind die Herren viel zu objektiv. Graf Kanig, ein sehr gelehrter Mann, hat sich mit emsigem Fleiß in das Studium der Börsen- und Bankliteratur vertieft und ist dabei in einem Buche des Geheimrats Kiefer, des Präsidenten des Handelsbundes auf Grundzüge gestoßen, die es nach seiner Meinung verdienen, auch in das konservativ-agrarisches ABC-Buch übernommen zu werden, nämlich daß vor ausländischen Emissionen zuerst der inländische Kapitalbedarf Berücksichtigung fordert, daß die Zulassungsstelle die nationalen Bedürfnisse nicht außer acht lassen soll und daß zwischen den einzelnen Ländern und Werten unterschieden und dem deutschen Publikum nicht faule Werte angehängt werden sollen. Herr Dove empfahl dem Interpellanten zu seiner weiteren Belehrung auch noch die Lektüre eines bekannten Kommentars, den er, Herr Dove, zum Börsengesetz herausgegeben hat, in dem deutlich zu lesen steht, daß bei ungünstiger Lage des heimischen Marktes die Zulassungsstelle die Emission ausländischer Werte untersagen kann. Es bestand also eigentlich ungetrübte Uebereinstimmung zwischen rechts, der Mitte — Herr Speck vom Zentrum wiederholte mit wenig anderen Worten die Rede des Grafen Kanig — und links; auch die Sozialdemokraten, die sonst in Börsenfragen einen ganz anderen Standpunkt einnehmen als die berufenen Vertreter und Kenner des Kapitalmarktes bei der bürgerlichen Linken sind mit diesen Selbstverständlichkeiten einverstanden. Das Merkwürdige an der Interpellation ist nur, daß man aber ihren eigentlichen Inhalt nicht recht ins Klare kommt; denn die darin gestellte Frage war durch die bekannte Warnung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ja schon beantwortet, bevor sie gestellt wurde, und jene amtliche Erklärung ließ keinen Zweifel darüber, daß die Regierung auf die in Betracht kommenden wirtschaftlichen Vorgänge sorgsam Acht hat und nicht veräumen wird, etwa notwendig werdende Maßnahmen zu treffen. Graf Kanig hielt sich auch in seinen positiven Forderungen und Vorschlägen zurück. Er erneuerte seine alte Forderung nach einer zentralen Emissionsstelle für das ganze Reich, die von

den Nebnern der Linken, den Abgeordneten Dove und Erefemann, mit Rücksicht darauf abgelehnt wurde, daß sich die Zulassungsstellen in ihrer bisherigen Form durchaus bewährt haben; denn sie sind es gerade gewesen, die das Prospektwesen ermöglichten mit der genauen Prüfung durch die in der Zulassungsstelle vertretenen sachverständigen Bankleute, und auch das öffentliche und nationale Interesse kam dabei niemals zu kurz, da sie sich stets, wenn es angebracht war, mit dem Auswärtigen Amt in Fühlung hielten und im übrigen das staatliche Interesse durch den Börsenkommissar ausreichend gewahrt wird. Die geheimen Gedanken der Interpellation wurden von dem Parteifreunde des Grafen Kanig, Dr. Sahj, ausgeplaudert. Die Kontrolle und die Fesseln, die dieser den Emissionsbanken auferlegen möchte, sollen in der Hauptsache dem deutschen Exporthandel die Betätigungsmöglichkeit nehmen. Einen Vorschlag, der nicht geradezu auf Jurisdiktion bei den Parteien der Linken stieß, machte Herr v. Gump-Massmann, der groß-agrarisch-großindustrielle Vorkämpfer der Reichspartei. Er möchte eine ständige Kommission für Bankangelegenheiten haben, die aus Reichstagsabgeordneten und Vertretern der Banken sich zusammensetzt; ein Bedürfnis für eine solche neue Begutachtungsstelle vermochte er freilich nicht zwingend nachzuweisen.

Herr Delbrück hatte gewissermaßen als Dezerenten den Präsidenten der Reichsbank, Dr. Habenschein, und den Staatskommissar an der Berliner Börse, Herrn Goppert, mitgebracht; dessen Vorgänger, Herr Hempfenmacher von der Commerz- und Discountbank, hatte mit etwa einem halben Duzend Herren der Bankwelt gegenüber auf der Präsidialtribüne Platz genommen. Was der Staatssekretär sagte, war ganz in Uebereinstimmung mit den späteren Darlegungen des freisinnigen und nationalliberalen Redners. Gegenüber der kaum verheilten Tendenz der Interpellanten und ihrer Gesinnungsgenossen nach einem Ausschluß der ausländischen Werte von den deutschen Märkten betonte er das Moment der finanziellen Kriegsbereitschaft und die Rücksicht auf die Zahlungsbilanz, die der Welt der ausländischer Papiere mit internationalem Marktwert nicht nur wünschenswert, sondern zu einer Notwendigkeit machen. Er verwies auch auf die weltpolitischen Rücksichten, die das Deutsche Reich nicht außer Acht lassen kann, und die unter Umständen selbst Bedenken auf wirtschaftlichem Gebiete zurücktreten lassen müssen.

Herr Delbrück gab dann die Erklärung für die Note der „Norddeutschen Allgemeinen“. Wir stehen am Beginn einer aufsteigenden Konjunktur, die große Anforderungen unserer Industrie an den heimischen Geldmarkt bringen wird und eine gewisse Reserve bei der Aufnahme ausländischer Werte allerdings empfehlenswert macht. Aber dafür sei keinerlei Revision des Börsengesetzes nötig, weil es der Regierung schon jetzt die notwendigen Handhaben gewährt, um gegebenenfalls regulierend in die Tätigkeit der Zulassungsstellen einzugreifen, und dazu seien die zuständigen Organe entschlossen. Der Staatssekretär deutete bei dieser Gelegenheit an, daß er unter diesem Gesichtspunkte vor einiger Zeit bereits die Emission einer größeren fremden Anleihe verhindert habe; ob Bulgarien oder ein anderer Staat dabei in Frage kommt, sagte er nicht. Er schloß seine Erklärungen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß zu einem Eingreifen ein Anlaß nicht gegeben werden wird, und schließlich war man auf allen Seiten der Meinung, daß eine gelegentliche Ausnahme über diese Fragen gewissermaßen als Warnung zur Vorsicht nichts schaden kann. In den nächsten Tagen wird man bei der Beratung des Handelsrats im Abgeordnetenhaus eine zweite Auflage der gestrigen Debatte erleben.

Telegramme.

Bautzen, 11. Februar. (G. T. C.) Das Schwurgericht verurteilte den 25 Jahre alten Arbeiter Sühmann aus Ruppertsdorf, der wegen Mordes in zwei Fällen, verurteilt Mordes, Raubes und Brandstiftung angeklagt war, zum Tode und zu zehn Jahren Zuchthaus. Sühmann hatte im Juni vorigen Jahres einen Raubmordversuch unternommen und am 8. Dezember die 69jährige Materialwarenhändlerin Geblich und deren 37jährige Tochter ermordet, sowie das von ihnen bewohnte Grundstück in Brand gesteckt.

Strasbourg, 11. Februar. (G. T. C.) Die „Straßburger Post“ veröffentlicht in ihrer Mittagsausgabe einen Leitartikel „Reichsland oder Kaiserland“, der sich mit dem in der Reichstagskommission für die elsass-lothringische Verfassungsreform zur Annahme gekommenen Zentrumsantrag auf Erhebung Elsass-Lothringens zum gleichberechtigten Bundesstaat beschäftigt. Der Artikel stellt vor allem fest, daß die Erhebung von Elsass-Lothringen zum Bundesstaat, ganz einzeln in dieser Form, für den gegenwärtigen Zeitpunkt vollkommen ausgeschlossen sei. Die verbündeten Regierungen würden, darüber besteht kein Zweifel, eher auf eine Weiterberatung der Vorlage verzichten, als auf die Durchführung des jüngsten Kommissionsbeschlusses im Namen weiter verhandeln. Dieser Beschluß der Kommission zu dem grundlegenden ersten Paragraphen des Verfassungsentwurfes wird natürlich für die weitere Ausgestaltung der Vorlage seine Konsequenzen haben und eine völlige Umgestaltung aller wichtigsten Bestimmungen nach sich ziehen. Das alles würde wertvolle Arbeit sein, da auf dieser Grundlage die Verfassung für Elsass-Lothringen in absehbarer Zeit bestimmt nicht zustande kommen wird. Sicherlich sei der Bundesrat bereit, eine Vorlage für Elsass-Lothringen zuzustimmen, die unter Wahrung der Reichsinteressen dem Lande eine wesentlich größere Selbständigkeit verleihe und dabei die Möglichkeit einer Zukunftsentwicklung zum Bundesstaat offen halte. Doch könne dies nur auf dem Boden von Vorlagen, wie sie aus dem Bundesrat hervorgegangen sind, geschehen. Ueber Einzelheiten werde sich dabei reden lassen. Insbesondere würde man die Frage der Bundesratsmehrheit stärker in den Vordergrund schieben dürfen, aber an dem staatsrechtlichen Charakter Elsass-Lothringens als Reichsland werde man im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht rütteln dürfen, wenn man überhaupt etwas Politisches schaffen wolle. Alle Anträge, und wenn sie mit noch so großer Mehrheit angenommen werden, die an der Stellung des Kaisers als Träger der Staatsgewalt rütteln wollen, seien nur geeignet, das ganze Verfassungswerk zu Fall zu bringen. Der Artikel der „Post“ schließt: „Die verbündeten Regierungen werden vorläufig nicht auf ihr gemeinsames Recht in Reichsland verzichten. Die Reichsgesetzgebung bleibt für absehbare Zeit der entscheidende Faktor auch für die elsass-lothringische Verfassung.“

Es ist ein neuer Uebergangszustand, der durch diese Vorlage geschaffen wird, aber er bedeutet einen großen Fortschritt und trägt die Keime der weiteren Entwicklung in sich. Und diese Entwicklung kann nur ein Ziel haben: Elsass-Lothringen muß vollberechtigter Bundesstaat werden neben den übrigen, aber nicht eine Duodezimonarchie oder ein Statthalterlandchen im Sinne der alten Kleinstaat. Der Bundesstaat Elsass-Lothringen muß eine höhere Zukunft haben als Kaiserland, soll es sich einm dem Deutschen Reich angegliedern, selbständig wie alle anderen Bundesstaaten mit eigener Gesetzgebung und mit dem Rechte, das man ihm auf die Dauer nicht vorenthalten kann, auch über seine eigene Verfassung auf dem Wege der Landesgesetzgebung zu bestimmen. Aber an der Spitze des Landes wird dann als Landesherren der Deutsche Kaiser stehen, und als Kaiserland wird Elsass-Lothringen würdig seinen Platz einnehmen unter den deutschen Bundesstaaten.

Vern, 11. Februar. (G. T. C.) Wegen der gefährlichen Zunahme der Maul- und Klauenpest in der Schweiz und in den benachbarten Gegenden des Deutschen Reiches hat das eidgenössische Landwirtschafts-Departement die Einfuhr von Rindvieh über die schweizerisch-deutsche Grenze auf Schlachtviehtransporte beschränkt, die mit besonderer Bewilligung des Landwirtschafts-Departements mit der